

Wirbel um Dagmar Wöhrl reißt nicht ab

Neue Vorwürfe um Aufsichtsratsmandate - Abgeordnete wiegelt ab - 21.05.2013 19:47 Uhr

NÜRNBERG - Bereits am Freitag berichtete die Internetseite Abgeordnetenwatch darüber, dass auf der Bundestagshomepage von Dagmar Wöhrl Nebeneinkünfte nachgetragen worden seien - von vor zwei Jahren. Dies wäre ein Verstoß gegen die Transparenzpflichten des Bundestags. Die Nürnberger Bundestagsabgeordnete selbst kann sich darauf auch keinen Reim machen. Sie gibt an, dass ihre Angaben fristgerecht eingingen.



Die Bundestagsabgeordnete Dagmar Wöhrl soll gegen die Transparenzpflichten des Bundestages verstoßen haben - sie selbst sagt, dass sie alle Angaben fristgerecht eingereicht habe.

Foto: Eduard Weigert 

Es "tat sich dann Erstaunliches", [berichtete Abgeordnetenwatch](#) am letzten Freitag und stellte mit einem Blogbeitrag eine Verbindung zwischen den jüngsten Berichten der "Süddeutschen Zeitung" (SZ) und den gerade erschienenen Zahlen zu Aufsichtsratsmandaten von vor zwei Jahren her. "Dass Wöhrl sich gerade am Mittwoch an Aufsichtsratsmandate aus dem Jahr 2011 erinnerte, könnte man für einen Zufall halten." Oder eben eine Verbindung zu den Artikeln und Vorwürfen der SZ herstellen.

-Anzeige-

"Die Angaben wurden von mir am 05. Juli 2012 an den Bundestag geschickt, nachdem ich die Vergütungen für das Jahr 2011 im Juni 2012 erhalten habe. Eine Sendungsbestätigung liegt vor", schrieb Wöhrl in einer schriftlichen Stellungnahme. "Warum dies erst in der vergangenen Woche durch die Verwaltung des Deutschen Bundestages geändert wurde, entzieht sich meiner Kenntnis." Eine entsprechende Anfrage von Wöhrl bei der Bundestagsverwaltung läuft.

"Die Berichterstattung der "Süddeutschen Zeitung" hatte darauf keinerlei Einfluss." Im April erhielt Wöhrl eine Vergütung für ihre Tätigkeit vor einem Jahr im Aufsichtsrat einer Nürnberger Beteiligungsgesellschaft. "Dies habe

ich am 13. Mai 2013, nach den sitzungsfreien Wochen und nach meiner Rückkehr nach Berlin, dem Bundestag gemeldet." Damit hätte die CSU-Abgeordnete ihre Angaben fristgemäß eingereicht.

Die Transparenzpflicht des Bundestags sieht vor, dass Angaben zu Nebeneinkünften innerhalb von drei Monaten gemeldet sein müssen. Sollte dem nicht so sein, drohen allerdings auch keine gravierenden Sanktionen.

"Bundestagspräsident Lammert ist nicht bekannt dafür, bei Verstößen gegen die Veröffentlichungspflichten hart durchzugreifen", so heißt es bei Abgeordnetenwatch.

Seit einigen Wochen gerät Dagmar Wöhrl [immer wieder in die Schlagzeilen](#). Zuletzt durch Berichte über ihre Nebeneinkünfte und ihr Fehlen im Bundestag, als sie sich krank gemeldet hatte und dann nach Sri Lanka und Thailand flog.

bb

Es sind schon 11 persönliche Kommentare vorhanden:

[@Wähler](#) schrieb am 22.05.2013

Das glaubst Du doch selber nicht... Bayern ist ein Flächenstaat, und neben dem Katholizismus ist die CSU die einzigste Konstante im bäuerlichen / dörflichen Universum... es mag ein paar Prozent kosten, ja - aber insgesamt wird es keine Abstrafung geben. Nicht in Bayern.

[Wähler](#) schrieb am 22.05.2013

Hallo Herr Seehofer ziehen Sie die Reissleine , es wird eng im Filz. Im September kommt sonst der freie Fall.

@Justice schrieb am 22.05.2013

Seit 1994 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages. Derzeit (2012) beträgt die monatliche Mindestpension nach dem Diätengesetz 1.682 €; der Betrag steigt mit längerer Zugehörigkeit und erreicht nach 23 Jahren Bundestagszugehörigkeit den Höchstanspruch von 4.836 €. Nach dem 18. Mandätsjahr sinkt das Pensionseintrittsalter auf 55 Jahre. Die Altersentschädigung ist voll zu versteuern. Nach zwölf Jahren im Bundestag erhält ein ehemaliger Abgeordneter, der ein Ruhegeld nach dem Diätengesetz enthält, heute 36 % der Abgeordnetenentschädigung. Ob dies wohlverdient ist mag ich zu bezweifeln insbesondere weil selbst wenn man 40 Jahre den Höchstbeitrag gem. Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung bezahlt kommt man z.Z. auf maximal etwa 1800€ Nettorente.

Immi schrieb am 22.05.2013

Manchmal ist es auch einfach so, wie die Betroffenen es erklären. Warten wir doch einfach mal die Mitteilung des Bundestages auf Frau Wöhrls Anfrage ab. Die Meldung über Einkünfte muss beim Bundestagspräsidenten eingehen und nicht auf der Homepage des Deutschen Bundestages. Die Änderung kann auch einfach liegengeblieben sein. Im Übrigen halte ich nicht alles, was auf Abgeordnetenwatch passiert, immer für richtig, die Macher der Seite leisten immer wieder auch selbst ein Beitrag zur Politikverdrossenheit.

nie mehr schrieb am 21.05.2013

zeit diese partei in bayern ab zu wählen...

Frau Wöhrl,zum Trost schrieb am 21.05.2013

alte Fußballerweisheit: Erst hat man schon kein Glück, dann kommt noch Pech dazu.

Justice schrieb am 21.05.2013

Sieh da, sieh da, wie kann man sich so in Ausreden verstricken. Frau Wöhrl, Sie sind in bester Gesellschaft, es ist keinem Politiker mehr zu trauen bzw. an seine Integrität und seinen Anstand zu glauben. Sparen Sie sich Ihre Rechtfertigungen und nehmen Sie Ihre aus Ihrer Sicht wohlverdiente Pension, aber lassen Sie uns in Ruhe.

Beobachter schrieb am 21.05.2013

Nur Dumme wählen dumme Menschen. Insofern ist jeder selber schuld, der sein Kreuz auf dem Stimmzettel dieser Wöhrl gibt.

Hans B. schrieb am 21.05.2013

Hallo Frau Wöhrl: Tschüüüüüs!!!

?? schrieb am 21.05.2013

Wo ist der Skandal?? Anfangs habe ich das ja auch alles sehr kritisch gesehen, mittlerweile werden aber die Vorwürfe so klein kariert und unnachweisbar, dass es sich hierbei nur noch um Politik mache handeln kann.
